

Knappe grüne Moleküle effizient einsetzen: Ein Plädoyer gegen die Grüngasquote

Eine Grüngasquote (GGQ) im Gebäudebereich wirkt auf den ersten Blick plausibel, würde in der Praxis aber knappe grüne Gase – insbesondere Biomethan – in einen Sektor lenken, der sich in der Breite effizient elektrifizieren lässt. Das erhöht Kosten- und Verteilungsrisiken, schafft Lock-in-Anreize für gasförmige Infrastrukturen und schwächt die Transformation dort, wo Moleküle und Kohlenstoffquellen tatsächlich unverzichtbar sind. Zusätzlich kann eine Quote systemische Nebenwirkungen auslösen: steigende Netzentgelte durch hohe Einspeiseinfrastrukturkosten bei sinkender Anschlusszahl, sowie Risiken für das Stromnetz durch den Wegfall steuerbarer Biogas-Verstromung. Auch wenn die im GModG vorgesehene Biotreppe in einem engeren Rahmen als die allgemeine Grüngasquote wirkt, ist sie vor diesem Hintergrund ähnlich zu bewerten.

1. Ausgangslage: Wärmewende ist vor allem eine Effizienz- und Elektrifizierungsaufgabe

Der Gebäudesektor kann in weiten Teilen über Wärmepumpen, Wärmenetze, Effizienzmaßnahmen, und fossilfreie hybride Quartierslösungen dekarbonisiert werden. Diese Optionen sind verfügbar, skalierbar und systemisch integrierbar. Eine Grüngasquote würde dagegen einen regulatorisch induzierten Nachfrageimpuls auslösen und damit eine teure und nicht notwendige Parallelstrategie fördern.

Entscheidend ist die Systemperspektive: Klimaschutz ist dann am günstigsten, wenn knappe Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen stiften.

Hinzu kommt: Eine Quote erhöht die Attraktivität von „Weiter-so“-Investitionen (z. B. in gasbasierte Heiztechnik oder Anschlussentscheidungen), weil sie einen verlässlich „grünen“ Brennstoffpfad suggeriert. Das kann Sanierungsentscheidungen verzögern und die Skalierung strombasierter Wärme verlangsamen.

2. Knappheit nachhaltiger und umweltverträglicher Biomasse: Priorisierung statt Quotenlogik

Politische Rahmenbedingungen sollten die Knappheit nachhaltiger und umweltverträglicher Biomasse realistisch abbilden, statt implizit von Überverfügbarkeit auszugehen. Absehbar ist, dass das inländische Potenzial für Biomethan den erwartbaren Bedarf nicht decken kann, Importe aus dem europäischen Ausland werden auf dem Markt umkämpft sein. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht braucht Biomasse eine klare Nutzungshierarchie. Gerade die Chemie- und Grundstoffindustrie benötigt langfristig nachhaltige Kohlenstoffquellen, um fossile Rohstoffe zu ersetzen und wettbewerbsfähig zu bleiben.

3. Kosten- und Verteilungswirkungen: Netzentgelte und Infrastrukturkosten

Mit der Wärmewende sinkt perspektivisch die Zahl der Gasanschlüsse. Fixkosten der Gasnetze verteilen sich damit auf weniger Kunden; Netzentgelte für verbleibende Gaskunden steigen.

Eine Grüngasquote kann diesen Effekt verschärfen, wenn sie einen breiten Wechsel von Biogasanlagen von Vor-Ort-Verstromung in die Biomethaneinspeisung anreizt. Der für Netzbetreiber dafür notwendige Ausbau der Einspeiseinfrastruktur würde zusätzliche Milliardenkosten verursachen, die überwiegend über Netzentgelte sozialisiert würden.

Mieterschutz ist Akzeptanzschutz: Steigende Netzentgelte und zusätzliche Kosten für grüne Gase treffen häufig diejenigen, die weniger flexibel sind – insbesondere Mieterhaushalte, die ihre Heizungsart nicht selbst wählen können und zusätzlichen Kosten weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Eine Quote im Massensegment erhöht damit soziale Akzeptanzrisiken – und untergräbt die Bereitschaft, die Wärmewende insgesamt mitzutragen.

4. Systemperspektive: Stromnetz, Flexibilität und Versorgungssicherheit

Biogasanlagen mit Vor-Ort-Verstromung liefern heute steuerbare Leistung im Verteilernetz und stabilisieren das Stromsystem als klimaverträgliche Flexibilität. Der Biogaspark kann im Jahresdurchschnitt rund 3,3 GW gesicherte Leistung und in kritischen Zeitfenstern bis zu 6,8 GW Spitzenleistung bereitstellen.

Wenn Quotenanreize die Verstromung zugunsten der Einspeisung verdrängen, drohen zwei Effekte: Erstens fällt dezentrale Erzeugung in der Mittelspannung weg. Das kann Engpässe an Schnittstellen verschärfen und die Elektrifizierung von Industrie und Gewerbe im Verteilernetz erschweren. Zweitens geht steuerbare, systemdienliche Leistung verloren, die andernfalls fossile Reservekapazitäten ersetzen könnte. Dadurch steigen Systemkosten und es entstehen zusätzliche Investitionsbedarfe – im Zweifel in fossile Absicherung.

5. H₂ gezielt nutzen – nicht über eine Gebäude-Quote verwässern

Für den Hochlauf von Wasserstoff braucht es Fokus: Kernnetz und Großverbraucher statt einer breiten Grün-gasquote im Gebäudesektor. Eine Quotenlogik, die auch durch bilanzielle Erfüllung oder Beimischung im Erd-gasnetz funktioniert, kann den Anreiz senken, Wasserstoff tatsächlich über das Kernnetz zu beziehen und dort marktwirksam zu handeln. Gleichzeitig ist eine flächige Versorgung von Gebäuden über Wasserstoff-Inf-rastruktur auf Verteilernetzebene nicht realistisch und mit hohen Investitionen verbunden. Im Wärmekon-text kommt Wasserstoff perspektivisch insbesondere für Spitzenlasten in Fernwärmenetzen nahe am Kern-netz in Betracht – vor allem dann, wenn andere klimaneutrale Optionen nicht gleichermaßen verfügbar oder sinnvoll sind.

Empfehlungen

1. Auf eine pauschale Grün-gasquote im Gebäudesektor verzichten. Klimaschutz im Gebäudesektor sollte pri-mär über Elektrifizierung, Wärmenetze und Effizienz erfolgen.
2. Biomasse priorisieren statt verquoten. Knappes Biomethan und andere nachhaltige Moleküle gezielt für Anwendungen reservieren, die nicht oder nur sehr teuer elektrifizierbar sind, sowie als Kohlenstoffquelle in der Industrie.
3. Netzentgelt- und Infrastrukturkosten begrenzen. In der Fortentwicklung der Gasnetzregulierung sollten Einspeiseanschlüsse nicht wie aktuell in großem Umfang über Netzentgelte sozialisiert, sondern verursacher-gerecht zugeordnet werden: ein deutlich höherer Eigenfinanzierungsanteil der Produzenten für Aufberei-tung/Einspeisung – insbesondere bei Einzelanbindungen – begrenzt Kostenrisiken.
4. Konsistente Preissignale für den Standardpfad setzen, mit dem der Beitrag des Wärmesektors zum Errei-chen der deutschen Klimaziele und der Klimaneutralität bis 2045 sichergestellt wird. Verlässliche Rahmenbe-dingungen und stabile Förderlogiken, wie eine langfristig abgesicherte und wirkungsvolle BEG, sollten Elek-trifizierung und Effizienz eindeutig attraktiver machen als molekülbasierte Wärme im Massensegment. Dazu zählt die Absenkung der Stromsteuer „für alle“ auf das europäische Minimum genauso wie die zeitnahe Ein-führung des ETS 2, der hinreichende Investitions- und Lenkungssignale setzt.
5. Systemdienliche Flexibilität schützen. Die Rolle der Biogas-Verstromung als steuerbare erneuerbare Lei-stung sollte im Stromsystem gezielt erhalten und honoriert werden.



Eine Grün-gasquote im Gebäudesektor birgt erhebliche Risiken bei begrenztem Zusatznutzen: Sie ig-noriert die Knappheit nachhaltiger Biomasse, erhöht Netzentgelt- und Systemkosten, kann Netzeng-pässe verschärfen und entzieht dem Stromsystem flexible gesicherte Leistung. Für eine bezahlbare, sozial tragfähige und industriepolitisch robuste Transformation ist daher ein klarer Kurswechsel angezeigt: Elektri-fizierung und Effizienz als Standardpfad, Priorisierung knapper grüner Gase und Kosten- sowie Systemorien-tierung in Regulierung und Förderpolitik.



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Deutsche Umwelthilfe



octopusenergy

